

Im Gespräch mit ...

den SpitzenkandidatInnen zur Nationalratswahl 2013

Bei der bevorstehenden Nationalratswahl treten bundesweit 9 Parteien an: SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, BZÖ, KPÖ, NEOS, Piratenpartei und Team Stronach. Wir haben den Parteien und ihren SpitzenkandidatInnen Fragen zu Alter und Pflege gestellt und in ihren Wahlprogrammen (so vorhanden) nachgelesen, welche Positionen sie beziehen. Nachfolgend ein Ausschnitt der Antworten. Erfreulich, dass sich von den 8 wahlwerbenden Parteien, deren Rückmeldungen auf unsere Fragen uns zeitgerecht erreicht haben, mit einer einzigen Ausnahme alle ernsthaft mit den Fragestellungen auseinandergesetzt und diese auch weitgehend beantwortet haben. Aber lesen Sie selbst und machen Sie sich selbst ein Bild.

Auszüge aus den Wahlprogrammen (so vorhanden) und die Rückmeldungen auf eine 3. Frage an die Parteien konnten im Heft nicht mehr untergerbacht werden und stehen für interessierte LeserInnen unter www.lebensweltheim.at zur Verfügung.

LWH: Die demografische Entwicklung in Österreich und Europa ist gekennzeichnet von einer steigenden Zahl an immer älter werdenden und pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen. Welche Ideen, Konzepte und Perspektiven hat Ihre Partei für die nächsten Jahre und Jahrzehnte (also über eine Regierungsperiode hinausgehend!) für diese Menschen? Was können sich Menschen für ihr Alter erwarten, wenn Sie Ihre Partei wählen? Was können sich Menschen, die in der Pflege arbeiten, erwarten, wenn Sie Ihre Partei wählen? Wo sehen Sie in Zukunft die Alten- und Pflegeheime in der Landschaft unterschiedlicher Angebote für pflegebedürftige alte Menschen?

SPÖ: Dass immer mehr Menschen immer älter werden, liegt nicht zuletzt an der guten Lebensqualität und der hervorragenden medizinischen Versorgung in Österreich. Diese Entwicklung macht es aber auch notwendig, dass die Pflege ausgebaut wird. Die menschenwürdige Betreuung von älteren und kranken Menschen ist ein zentrales Thema unserer Sozial- und Gesundheitspolitik. Wir haben hier bereits entscheidende Verbesserungen erreicht. Pflegeheime und mobile Pflegedienste von Ländern und Gemeinden werden nun vom

Angebote wie zum Beispiel „Bewegen statt Pflegen“ oder Demenz-Vorsorge sollen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Langfristig wollen wir auch, dass bundesweit einheitliche Pflegestandards etabliert werden. Über allem steht, dass der Staat die Pflegenden nicht alleine lässt. Ganz wichtig ist es uns in diesem Sinne, dass die Versorgung mit Pflegeleistungen nicht von der Geldbörse abhängt, sondern so öffentlich finanziert wird, dass sie für Betroffene leistbar bleibt. Auf dem Arbeitsmarkt forcieren wir Ausbildungen in der Pflege; attraktive Arbeitsbedingungen



Werner Faymann, SPÖ



Michael Spindelegger, ÖVP

Bund mitfinanziert. Der Pflegefonds, der bis 2016 verlängert wurde, stellt in den Jahren 2011 bis 2016 insgesamt 1,3 Mrd. Euro mehr für die Pflege zur Verfügung, um den weiteren qualitätsvollen Ausbau der Pflege zu unterstützen. Gefördert wird sowohl die mobile Pflege – denn die Hälfte der pflegebedürftigen Menschen möchte und kann zuhause versorgt werden – als auch die stationäre Pflege, wo die andere Hälfte der Pflegebedürftigen besser aufgehoben ist. Diesen unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenssituationen werden wir auch im Ausbau der Pflege gerecht. Ein Schwerpunkt liegt bei der Prävention:

und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie in diesem Bereich gehören dazu. Denn diese Branche hat Zukunft: In der Krise war sie die einzige, in der es sogar Zuwächse am Arbeitsmarkt gab.

ÖVP: Wir wollen dem Bedürfnis der breiten Mehrheit, die letzten Jahre des Lebens in den eigenen vier Wänden zu verbringen, Rechnung tragen. Die Pflege nicht zu verstaatlichen ist uns ein zentrales Anliegen. Wir geben deshalb Geldleistungen den Vorrang vor Sachleistungen. Um pflegende Angehörige zu entlasten, haben wir Pflegeteilzeit und Pflegekarenz

eingeführt, die mit 2014 wirksam werden. Auch die sozialrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger ist eine zentrale Notwendigkeit: Dazu haben wir in den vergangenen Jahren die Anrechnung von Pflegezeit auf die Pension für pflegende Angehörige laufend ausgebaut. Begleitend braucht es ein besseres Angebot mobiler Dienste, einen Ausbau des betreuten Wohnens und des Einsatzes von Pflegeersatzkräften sowie persönlicher Assistenz. Selbstverständlich sollen Alten- und Pflegeheime auch in Zukunft Menschen, die auf dieser Art der Hilfe angewiesen sind, zur Verfügung stehen.

Die Menschen, die im Gesundheitssystem und der Pflege arbeiten, leisten einen unverzichtbaren Beitrag. Wir wollen, dass sie optimale Arbeitsbedingungen vorfinden. 80 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitssystem sind Frauen. Darauf muss Rücksicht genommen werden. Wir wollen der hohen Burn-out-Rate im pflegerischen und im ärztlichen Bereich gezielt entgegenwirken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.

FPÖ: Die Sicherstellung einer menschenwürdigen und hochwertigen Pflege und die Unterstützung pflegebedürftiger und

Kinder. Und wenn es keine nahen Angehörigen gibt, dann kann es auch keine Pflege durch nahe Angehörige geben.

Wird eine Person pflegebedürftig und muss aus diesem Grund in einem Heim versorgt werden, dann wird nicht nur auf das Einkommen sondern auch auf das bestehende Vermögen, zugegriffen. Den Bewohnern bleiben ein Taschengeld und ein kleiner Freibetrag für ein "ordentliches Begräbnis". Um im Bereich der Pflege und Betreuung durch Angehörige auch fachliche Qualität sicherzustellen, sind Ausbildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

In Österreich arbeiten überproportional viele ausländische Arbeitskräfte teils illegal im Pflegebereich. Die derzeitige Praxis der illegalen Betreuung durch Pflegekräfte aus Osteuropa führt zu Lohndumping und Ausbeutung. Die FPÖ setzt sich für die Einführung des Lehrberufes „Pflege und Betreuung“ in Österreich ein. So könnten junge Menschen mit Interesse an diesem Beruf eine Ausbildung im Pflegebereich beginnen. Zu Beginn der Pflegelehre soll die theoretische Ausbildung im Vordergrund stehen. Nach drei Jahren dualer Ausbildung wird die Lehre als Pflegehelfer abgeschlossen. In einem vierten Lehrjahr kann sich der Pflegehelfer auf Alten- oder Behindertenarbeit

Menschen ein möglichst gesundes Alter zu ermöglichen ist unser Ziel und unsere Aufgabe. Dazu müssen Präventionsangebote niederschwellig, leistbar und gendergerecht sein. Prävention muss vor Rehabilitation stehen. Rehabilitation darf nicht an die Erwerbsfähigkeit gebunden sein sondern muss auch im vollen Umfang im Alter zur Verfügung stehen und altersgerecht gestaltet sein. Leistungen im Gesundheits- und Pflegebereich dürfen nicht von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich hoch sein. Es darf nicht vom Wohnort abhängig sein, wie viel Gesundheits- und Pflegeleistungen kosten. Ein Konzept für langfristige und solidarische Finanzierung der Langzeitpflege ist eine Aufgabenstellung für die Politik der nächsten Jahre, ebenso wie der Ausbau flächendeckender mobiler Dienste für die Betreuung und Pflege alter Menschen.

Menschen, die im Pflegeberufen arbeiten, müssen besser entlohnt werden und geregelte, zumutbare Arbeitszeiten haben. Eine ausgewogene Work-Life-Balance sowie Kinderbetreuungseinrichtungen für das Pflegepersonal sind zu gewährleisten. Im Ausbildungsbereich müssen verstärkt kommunikative und psychologische Kompetenzen vermittelt werden, die letztendlich auch entlastende Auswirkungen für das Personal haben.

Wie alte Menschen wohnen können sollen: Es muss gerade für ältere Menschen möglich sein, sich ihre Wohnformen im Alter selbst zu gestalten. Die Förderung von Wohngruppen, Hausgemeinschaften oder Wohngemeinschaften muss von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Eine gute Anbindung der Wohnformen an Heimeinrichtungen gibt die Möglichkeit einer teilweisen Nutzung der Einrichtung im Bedarfsfall und schafft so die Möglichkeit, bei Notwendigkeit oder auf Wunsch ganz in eine Einrichtung zu übersiedeln. Grundsätzlich soll jeder Mensch die Sicherheit haben, zwischen verschiedenen Möglichkeiten wählen zu können.

Die Zukunft der Heimeinrichtungen liegt in größerer Offenheit für wechselnde Wohnbedürfnissen (auch innerhalb der Einrichtung) und niederschwelligem Eintritt.

BZÖ: Pflegebedürftige Menschen dürfen sich von uns erwarten, dass wir uns weiterhin für eine möglichst weitgehende persönliche Autonomie in der Wahl der Betreuung und Unterbringung durch ein valorisiertes



HC Strache, FPÖ



Eva Glawischnig, Die Grünen

behinderter Menschen in Österreich sind große Herausforderungen. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Selbstbestimmung im Vordergrund aller Maßnahmen stehen muss. Die meisten Pflegebedürftigen werden in Österreich im familiären Umfeld privat gepflegt. Die Leistungen der Angehörigen machen Pflege und Betreuung in Österreich erst finanzierbar. Die private Pflege ist durch eine verantwortungslose Familienpolitik und durch eine Vernachlässigung der pflegenden Angehörigen zunehmend in Gefahr. Wir Österreicher leisten uns immer weniger

spezialisieren und absolviert die Ausbildung als Fachsozialarbeiter.

Grüne: Wir wollen, dass Menschen bis ins hohe Alter ihre Lebensqualität erhalten können. Um Menschen bis ins hohe Alter möglichst gesund zu erhalten, muss sehr früh Prävention ansetzen. Konzepte zur Gesundheitsförderung müssen sich der zu erwartenden längeren Lebenserwartung widmen und möglichen Alterserkrankungen (z.B. Diabetes, Herz-Kreislaufkrankungen, ...) bereits in früheren Lebensaltern vorbeugen.

Pflegegeld einsetzen werden. Pflegebedürftige sollen nicht finanziell so ausgehungert werden, dass sie gezwungen sind, staatliche Angebote anzunehmen, die in Summe wesentlich teurer sind als es wäre, den Betroffenen die notwendigen Mittel für eine autonom organisierte Betreuung zu verschaffen.

Wir fordern einen Lehrstuhl für Geriatrie an zumindest einer österreichischen Universität. Wir fordern die Schaffung eines Lehrberufs für Pflege und Betreuung nach Schweizer Vorbild, um die Lücke zwischen Pflegehelfern und gehobenen medizinischen Krankenpflegepersonal zu schließen.

Das BZÖ hat sich schon bisher für eine gesetzliche Verankerung der Pflegeberatung eingesetzt. Leider sind alle bisherigen Vorstöße in dieser Richtung an den Regierungsparteien gescheitert.

Dem Pflegepersonal muss im Gesundheitswesen eine mit den anderen Berufsgruppen gleichwertige und eigenständige Rolle eingeräumt werden, die seiner Bedeutung entspricht. Dem muss auch die Entlohnung entsprechen, um eine adäquate Versorgung auch in den kommenden Jahrzehnten sicherzustellen.

NEOS: Die Alten- und Pflegeheime werden auch in Zukunft in der Landschaft unterschiedlicher Angebote für pflegebedürftige alte Menschen eine ganz entscheidende Rolle spielen. Schon allein deshalb, weil nicht alle pflegebedürftigen Menschen ein Umfeld vorfinden, in denen eine andere Form der Pflege möglich ist. Sie nehmen daher eine wesentliche gesellschaftliche Verantwortung wahr, und es ist alles zu unternehmen, um ihnen bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre Arbeit bereitzustellen.

NEOS sieht einen wesentlichen Hebel darin, den Beruf attraktiver zu machen. Die Aufwertung des Pflegeberufes durch Übernahme neuer Aufgaben und Kompetenzen gepaart mit Eigenverantwortung könnte junge Menschen anziehen und eine Vielfalt neuer Einsatzmöglichkeiten eröffnen. Eine hochqualifizierte, gut fundierte Ausbildung auf Matura-Niveau macht von sich aus das Berufsbild attraktiv.

Diese Neugestaltung des Pflegeberufes mit mehr Praxisbezug und Verantwortung sollte einhergehen mit einer Entlastung bei Verwaltungsaufgaben und enger Kooperation mit anderen Beschäftigten im Gesundheitswesen. Solche Arbeitsbedingungen auch in den einzelnen Organisatio-

nen und Heimen würden erheblich zur Steigerung der Attraktivität des Berufs beitragen. Bei den oft landesspezifisch unterschiedlichen Ausbildungsangeboten sollte umgehend eine Vereinheitlichung stattfinden, wobei die Option auf Zusatzqualifikationen weiterbestehen bzw. ausgebaut werden soll. Und letztlich muss die Leistung ordentlich entlohnt werden. Dass wir uns das



Matthias Strolz, NEOS

nicht leisten können, stimmt einfach nicht. Es geht darum, die Mittel richtig und effizient einzusetzen.

Was können sich Menschen für ihr Alter erwarten, wenn Sie NEOS wählen? Das trifft eines unserer wichtigsten Anliegen, denn wir sind die einzige zur Nationalratswahl antretende Partei, die den Menschen keinen Sand in die Augen streut. Wir sagen deutlich, dass wir handeln, dass wir unser Pensionssystem „enkelfit“ machen müssen. Wir schlagen hierfür ein innovatives Konzept der Flexipension und etliche weitere Maßnahmen vor, denn wenn wir einfach so weiter machen, sind die Pensionen für uns nachfolgende Generationen nicht gesichert. Und auch für den Fall der Pflegebedürftigkeit sind wir unzureichend vorbereitet. Wir müssen daher die Pflege in die allgemeine Versicherungspflicht herein holen und zudem Anreize für private Pflegevorsorge treffen. Das muss „vor Steuern“ möglich sein.

Piratenpartei: Wir haben zu dieser Frage noch keinen expliziten Programmabschluss gefasst. Aufgrund der demographischen und sozioökonomischen Veränderungen ist eine Anpassung des Pflegesystems durch tiefgreifende Reformen in Österreich notwendig. Deshalb bedarf es umfangreicher Konzepte sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene – wobei sowohl die betroffenen Berufsgruppen als

auch die betroffenen Zielgruppen bei der Erarbeitung einzubinden sind. Mögliche Ideen, Konzepte, Perspektiven wären u. a. die Eingliederung der Pflege in das Gesundheitssystem, Ausbau der häuslichen Pflege (auch 24h-Pflege) durch Fachpersonal, Unterstützung von pflegenden Angehörigen (nicht nur monetär).

Für Pflegeberufe erscheint uns wichtig



Philip Pacanda, Piratenpartei

und zielführend:

- Zugang zu adäquaten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und
 - Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Alten- und Pflegeheime werden auch in Zukunft einen wichtigen Bestandteil in der Pflegelandschaft einnehmen. Dennoch sollten Alternativen, wie die häusliche Pflege (auch 24h-Pflege) sowie die Angebote für betreutes Wohnen, zusätzlich ausgebaut werden.

Team Stronach: Die Demografie wird aus heutiger Sicht ein wesentlicher und bestimmender Faktor in allen (sozial-) politischen Überlegungen der nächsten Jahrzehnte sein. Die Bedürfnisse der Bevölkerung werden sich entsprechend wandeln.

Das Team Stronach steht für weitreichende Präventionsmaßnahmen, für den Ausbau der Vorsorge-Medizin und für die Umsetzung sinnvoller Bewegungskonzepte (wie etwa der täglichen Turnstunde für die Schulkinder!). Es zählt zu unseren Perspektiven als Team Stronach, die Sicherstellung einer kontinuierlichen Versorgung, in der die Pflegepersonen eine Schlüsselrolle spielen, zu gewährleisten. Wir möchten die Potentiale im breiten Ausbildungsfeld der Pflege nutzen und die extramuralen, ambulanten und Case- und Caremanagement Funktionen stärken. Berufsbilder wie Community Nurse / Family Health Nurse müssen verstärkt auf ihren Einsatz hin untersucht und evaluiert werden. Eine Pflegeperson

fungiert in der Gemeinde als AnsprechpartnerIn für alle Belange der Pflege und Betreuung, für alle Menschen von der Geburt bis zum Tod. Bei der Gemeinde angestellte Pflegepersonen und HausärztInnen müssen in Zukunft als Team auftreten und „ihre“ PatientInnen und KlientInnen in Gesundheitsfragen unterstützen und über die passende Versorgung entscheiden.

Wir brauchen spezialisierte Einrichtungen für Menschen mit demenziellen Erkrankungen, die in Zukunft ebenso wichtig sein werden, wie die Angehörigenschulungen dahingehend.

Alle Bürger, die in Gesundheits- und Pflegeberufen arbeiten, können sich also guten Mutes für unsere politische Bewegung entscheiden, denn wir sind die Gesundheitspartei Österreichs. Wir wollen die sozialen Berufe stärken!

LWH: Bei der Landessozialreferentenkonferenz im Dezember 2012 zur "Strukturreform Pflege" wurde eine Weiterführung des Pflegefonds bis 2016 beschlossen. Nach wie vor gibt es jedoch kein Konzept für eine langfristig solidarische Finanzierung der Langzeitpflege. Nach wie vor gibt es auch keine einheitliche Regelung der Bundesländer, welche Qualität der Leistung pflegebedürftige Menschen erhalten und ob Angehörige für Pflegeheimkosten aufkommen müssen oder nicht (z.B. Wiedereinführung des Angehörigen-Regresses in der Steiermark) – obwohl alle in den gleichen Steuertopf einzahlen. Nach wie vor gibt es auch keine Evaluierung der 24-Stunden-Betreuung. Sollte Ihre Partei in der nächsten Regierung sein, werden Sie für eine langfristige und einheitliche Lösung in ganz Österreich eintreten? In welcher Form? Wird die 24-Stunden-Betreuung evaluiert?

SPÖ: Menschenwürdige Pflege und Betreuung von älteren und kranken Menschen ist ein zentrales Thema unserer Sozial- und Gesundheitspolitik. Die SPÖ tritt daher dafür ein, die öffentliche Finanzierung der Pflegesicherung aus Steuermitteln in ausreichendem Maße sicherzustellen. Langfristig sind bundesweit einheitliche Pflegestandards zu etablieren.

Die 24-Stunden-Betreuung wird von der Bevölkerung gut angenommen. Sehr wichtig ist aber auch die Qualitätskontrolle. Daher überprüft das Sozialministerium im Rahmen von Hausbesuchen bei den Betroffenen die Qualität der Betreuung und gibt Beratung und Pflegetipps. Das Ergebnis der

Hausbesuche zeigt, dass die Betreuungssituation in einem sehr hohen Ausmaß gut ist. Allerdings gibt es bei manchen Agenturen Probleme. Diesen schwarzen Schafen bei den Vermittlungsagenturen muss entgegengehalten werden. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) ist in dieser Sache bereits im Auftrag des Konsumentenschutzministeriums gerichtlich aktiv.

ÖVP: Wir haben den Pflegefonds bis 2016 mit zusätzlich 650 Millionen Euro gesichert. Danach setzen wir uns selbstverständlich für die Weiterführung der Leistungen ein. Die bestmögliche Pflege in ganz Österreich sicherzustellen ist uns ein wesentliches Anliegen. Wir setzen uns auch für die Abschaffung des von Ihnen angesprochenen Kinder-Regresses ein. In Bezug auf die 24-Stunden-Betreuung setzen wir uns sowohl für den Ausbau als auch für eine Erhöhung der Qualitätssicherung bei Vermittlungsagenturen für 24-Stunden-Betreuung durch die Schaffung eines reglementierten Gewerbes ein.

FPÖ: Menschen mit Behinderung sind eine inhomogene Gruppe und müssen als solche mit ihren jeweiligen Bedürfnissen berücksichtigt werden. Dabei ist es wesentlich, dass Menschen mit Rechten ausgestattet und nicht als Hilfsempfänger gesehen werden. Ziel unterstützender Betreuung müssen die Integration und ein möglichst selbstbestimmtes Leben sein.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung Selbstbestimmung wurde 1993 mit der Einführung des Pflegegeldes gesetzt. Leider hat das Pflegegeld inflationsbedingt massiv an Wert eingebüßt. Die Bundesregierung weigert sich bisher, eine Inflationsabgeltung vorzunehmen. Sogar eine neue Hürden beim Zugang zum Pflegegeld wurde eingezogen. Seit der Einführung des Pflegegeldes ist die Zahl der Beschäftigten im Pflegebereich um mehr als 50 Prozent gestiegen. Wenn die Finanzierung von Pflegenden und Betreuenden nicht solidarisch erfolgt und das Risiko weiter überwiegend privat getragen werden muss, kann die Schwarzarbeit in diesem Bereich nicht bekämpft werden. Österreich wendet 1,3 % des BIP für Langzeitpflege auf. Trotz der steigenden Zahl an PflegegeldbezieherIn hat sich aufgrund ausgebliebener Inflationsanpassungen des Pflegegeldes seit 1997 die Ausgabenquote für Langzeitpflege kaum erhöht. Dies geht natürlich auf Kosten der betroffenen Pfe-

gebedürftigen und der Angehörigen.

Die Zahl der Pflegegeldbezieher in Österreich steigt. Deshalb sind auch immer mehr Menschen von der Pflegemisere betroffen. Die durch eine Gesundheitsreform freiwerdenden Mittel sind daher in den Bereich der Langzeitpflege zu investieren. Das Pflegegeld ist jährlich der Inflation anzupassen.

Grüne: Bei einer Regierungsbeteiligung - aber nicht nur dann - ist es eines unserer wichtigen Anliegen, die Bundeskompetenzen zu stärken. Ein wichtiges Ziel ist die Finanzierung des Gesundheitswesens aus einem, von den Gebietskrankenkassen und dem Hauptverband verwalteten Topf. Es darf in keinem Bundesland einen Angehörigen-Regress geben.

Qualitätskriterien in Betreuung und Pflege müssen in allen Bundesländern einheitlich sein.

Eine Evaluierung der 24-Stunden-Pflege ist auf jeden Fall einzufordern und durchzusetzen. Sie muss auch im Sinne der NutzerInnen und Ausübenden sowohl auf ihre Effektivität sowie auf ihre Rahmenbedingungen hin überprüft werden.

Worauf es uns in der Pflege noch ankommt: Pflegenden Angehörige und Beziehungsmenschen sind der größte private Pflegedienst Österreichs, er verdient größtmögliche Unterstützung. Wenn Pflege und Betreuung daheim geleistet werden, wollen wir, dass sie Qualität hat. Durch den schnellen und massiven Ausbau leistbarer, flächendeckender sozialer Dienste haben pflegende Angehörige und Beziehungsmenschen die wichtige Unterstützung für qualitätsvolle Pflege. Wir wollen auch, dass das Pflegegeld jährlich indexbezogen valorisiert wird. Wenn die Kosten für Pflegeleistungen, Pflegeprodukte etc. steigen, muss das Pflegegeld jährlich angehoben werden.

Wir wollen, dass pflegende Angehörige und Beziehungsmenschen raschen und unbürokratischen Zugang zu Unterstützungsangeboten jeder Art erhalten (Hotlines rund um die Uhr, finanzielle Unterstützungsleistungen etc.). Auf Unterstützungsleistungen wie Ersatzzeit oder Pflegekarenz/Pflegezeit muss auch ein Rechtsanspruch bestehen, um Pflege nicht mit zusätzlichen Unsicherheiten zu belasten.

Wir wollen, dass Pflege und Beruf durch Generationenmanagement in Betrieben zum Vorteil aller in ihrer Vereinbarkeit ge-

fördert wird. Wir wollen, dass Menschen aller Generationen sich im Fall von Betreuungs- oder Pflegesituationen darauf verlassen können, nicht verlassen zu sein. Es ist politische Aufgabe, ihnen bundesweit gleichermaßen zur Seite zu stehen und sie in schwierigen Lebenssituationen nicht im Stich zu lassen. Im 21. Jahrhundert darf es nicht sein, dass in einem reichen Land wie Österreich Krankheit oder Alter den Menschen Lebensqualität und Autonomie raubt.

BZÖ: Die Weiterführung des Pflegefonds ist zwar eine positive Übergangslösung. Das BZÖ mahnt aber schon seit Jahren ein bundeseinheitliches Gesamtpflegekonzept im Rahmen der Gesundheitsreform ein. Pflege und medizinische Versorgung müssen endlich zusammengeführt werden. Wir fordern ein bundesweites Finanzierungssystem zur Sicherstellung der Pflegeleistungen mit einheitlichen Qualitätsstandards und raschen und unbürokratischen Pflegegeldverfahren. Pflege darf insbesondere kein unkalkulierbares finanzielles Risiko für den Betroffenen und seine Verwandten mehr sein. Selbstverständlich ist die 24-Stunden-Betreuung zu evaluieren.

NEOS: Ja, selbstverständlich müssen wir die Materie bundesweit einheitlich regeln. Und nein, ein Angehörigen-Regress ist unnötig, wenn wir das System ordentlich aufstellen und langfristig finanzieren. Dass es daneben auch private Einrichtungen zu Marktpreisen geben kann, steht dem nicht entgegen. Bundeseinheitliche Standards, bundeseinheitliche Regelung und bundeseinheitliche Finanzierung sind die Zukunft. NEOS unterstreicht die Notwendigkeit der Erhaltung von Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen. Diese ist in den Mittelpunkt aller Pflegekonzepte zu stellen. Hierfür sehen wir in der fachgerechten Unterstützung pflegender Angehöriger einen guten Ansatz auch bei komplexen Pflegesituationen. So wird die Pflegeberatung durch den gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege bereits jetzt recht erfolgreich im Rahmen der Erstellung von Gutachten für das Pflegegeld angeboten. Aber es gibt immer Potenzial für Verbesserungen.

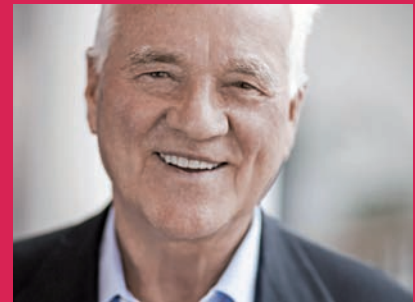
Tatsache ist also, dass die 24 Stunden Pflege- und Betreuung überwiegend von Laien durchgeführt wird. Darüber hinaus leisten aber gerade in diesem Bereich auch Heime einen wesentlichen Beitrag. Die

Situation ist hier allerdings eine andere, weil Profis am Werk sind. Worauf es jedoch in beiden Konzepten bei der Evaluierung angekommen wird: Wir brauchen ganz pragmatisch eine weitere Reduktion der Entscheidungsträger (Bürokratie) und die Einigung auf einheitliche und vor allem praxisnahe und evidenzbasierte Qualitätsstandards für regelmäßig von Experten durchzuführenden Kontrollen – da wie dort.

Piratenpartei: Wir haben zu dieser Frage noch keinen expliziten Programmbeschluss gefasst. Eine einheitliche Lösung für ganz Österreich erscheint uns aber sinnvoll, wobei Angehörige für die Pflegeheimkosten nicht aufzukommen haben, jedoch pflegende Angehörige Unterstützung (nicht



Josef Bucher, BZÖ



Frank Stronach, Team Stronach

nur monetär) erhalten sollten. Wenn das Pflegesystem in das Gesundheitswesen integriert werden soll, wären in etwa folgende Schritte zu setzen:

- Reformierung des Kassensystems plus eine Verwaltungs- und Strukturreform im Gesundheitswesen österreichweit;
- Eingliederung des Pflegesystems ins Gesundheitssystem mit einheitlichen Regelungen für ganz Österreich.

Eine Evaluierung der 24h-Betreuung erscheint uns ebenfalls sinnvoll, denn erst mittels einer Evaluierung kann der Status quo sinnvoll erfasst werden. Vom Ist-Zustand ausgehend sind darauf aufbauend Reformansätze zu erarbeiten und umzusetzen.

Team Stronach: Das Team Stronach steht für einen österreichweit einheitlichen, transparenten und fairen Umgang mit den Fragen der Langzeitpflege. Es ist unsinnig, dass Pflege Ländersache ist und es ist unsinnig, dass die Finanzierung der Langzeitbetreuung von der Gesundheitsfinanzierung strikt getrennt ist. Der "Pfle-

getopf" ist Ländersache, der "Gesundheitstopf" ist Angelegenheit von Kassen, Bund und Ländern - es herrschen in Österreich also ein Kompetenz-Dschungel und ein Wirrwarr an Strukturen. Das schadet letztlich dem Pflegling und seinen Betreuungspersonen. Intransparente Strukturen sind auch wesentlich weniger effizient und mit Sicherheit teurer als klare Regelungen mit klaren Verantwortlichkeiten.

Es ist Tatsache, dass ein Großteil der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt wird und der größte Prozentsatz sogar ausschließlich durch Angehörige. Zudem ist die Wohnpräferenz von Pflegebedürftigen im Alter das „Wohnen zu Hause“, wenn nötig mit Hilfe und das wollen wir als Team Stronach fördern und unterstützen. Der Fokus liegt daher

nicht nur auf der Betreuung in Einrichtungen. Die Betreuung zuhause kommt den Menschen oft billiger und macht ihnen viel mehr Freude, als in stationären Einrichtungen ihr Leben bzw. ihren Lebensabend zu verbringen.

Auf lange Sicht wird die Pflege aufgrund der demografischen Entwicklung noch mehr in den Familienverband rücken, ob wir es wollen oder nicht. Dazu brauchen wir eben auch gut ausgebildete 24-Stunden Pflegemodelle und ambulante Dienste. Demzufolge ist eine Rückkehr zum Regress abzulehnen. Es ist Aufgabe des Staates, Menschen im Alter und in Krankheit zu unterstützen. Das private Einzahlen in eine Pflegeversicherung mit der staatlichen (?) Sicherheit, dass das Geld nicht verspekuliert wird, sondern ausschließlich pflegespezifisch verwendet wird, kann durch Steuererleichterung gefördert werden. Eine einheitliche Lösung ist daher für alle Bundesländer anzustreben, wobei es auf die regionalen und geographischen Gegebenheiten abgestimmte Lösungen geben muss (vgl. Pilotregionen).